

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pppb d



Inhalt

35. Jahrgang / 241

16. Dezember 1980

Dietrich Stobbe, Regierender Bürgermeister von Berlin, analysiert den Zustand der Berliner Opposition und weist ihr Gemeinsamkeitsgerede als Vernebelungstaktik zurück.
Seite 1-3

Dr. Liesel Hartenstein, Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion, fordert sorgsameren Umgang mit dem Rohstoff Wasser.
Seite 4/5

Ilse Reichel, Berliner Senatorin für Familie, Jugend und Sport, würdigt das Werk ihrer Vorgängerin Ella Kay, an deren 85. Geburtstag.
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Nicht einlullen lassen

Gemeinsamkeitsgerede soll politische Konflikte verschleiern

Von Dietrich Stobbe
Regierender Bürgermeister von Berlin

Ich möchte ein Stichwort aufgreifen, das die CDU auf ihren Parteitag und im Berliner Abgeordnetenhaus in immer häufigerem Maße verwendet, das Stichwort von der Gemeinsamkeit. Das ist auf den ersten Blick ein einfacher, aber in der politischen Realität ein schwieriger Begriff, ein Begriff von sehr trügerischer Attraktivität.

Gemeinsamkeit der Demokraten: Wer wollte sie nicht in den zentralen Fragen unseres Verfassungslebens, wie zum Beispiel dem Bekenntnis zur Freiheit, zur Bundesstaatlichkeit, zu den Grundrechten, zum Gewaltmonopol des Staates und zur Absage an die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Politik, zum Pluralismus, zum Mehrparteiensystem.

Gemeinsamkeit ist auch gut und richtig in Grundfragen der Außenpolitik: Wenn es gilt, äußeren Druck abzuwehren, wenn es gilt, geschlossene Verträge zu respektieren, zum Bündnis zu stehen, oder, um ein Berliner Beispiel zu nennen, in Berlin gemeinsam die Rolle, die Rechte und die Bedeutung der Schutzmächte zu unterstreichen. In all diesen Fragen ist Gemeinsamkeit gut, und ich bejahe sie voll, zumal für Berlin, das in seiner exponierten Lage so sehr darauf angewiesen ist, daß der nationale Konsens bewahrt bleibt und sich



in politischer Solidarität und praktischer Hilfe für die Stadt ausdrückt.

Die Wähler der Bundesrepublik Deutschland haben am 5. Oktober die Chancen der Aufrechterhaltung dieses demokratischen und nationalen Grundkonsens bewahrt. Sie haben sehr eindeutig verhindert, daß politische Positionen und Personen zum Durchbruch gekommen sind, die dieses Land in politische Restauration, Reaktion und Unberechenbarkeit mit der zwangsläufigen Gefahr eines geistigen und kulturellen Bürgerkrieges gestürzt hätten.

Die Berliner CDU kann nicht wegdiskutieren, daß sie Franz Josef Strauß durch und durch gestützt hat. Sie hat deshalb auch wenig Grund, nur Wochen nach der Bundestagswahl auf ihrem Landesparteiitag geradezu trüfend Gemeinsamkeit zu predigen, Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Freien Demokraten gar zu fordern.

Die Berliner wie die Bundesopposition ist in ihren außenpolitischen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen von der Mehrheit der Bürger unseres Landes zurückgewiesen worden. Sie braucht eine grundsätzliche Neuorientierung im Bund wie in Berlin seit langem. Aber diese Neuorientierung ist eben ihre eigene Aufgabe, keine Frage von Gemeinsamkeit. Die Union kann nicht verlangen, daß wir ihr diese Arbeit abnehmen.

Solange diese Neuorientierung der CDU als klare Absage an die falschen Rezepte von gestern auf sich warten läßt, solange sie nur neue Etiketten ausgibt und die Verpackung erneuert, aber statt neuer politischer Wegweiser nur "Schaumgebackenes präsentieren, das auf der Zunge zergeht, aber nicht nährt" - wie die Frankfurter Rundschau formuliert -, solange werden Sozialdemokraten und Freie Demokraten von der Unglaubwürdigkeit der CDU-Position ausgehen müssen. Und auch davon, daß die Union letzten Endes nur verdecken und verkleistern möchte, daß sie zu vielen Bereichen unserer Politik neue Positionen nicht zu formulieren vermag.

Bevor Herr von Weizsäcker in Berlin über Gemeinsamkeit reden kann, muß er erst einmal die Unterschiede beseitigen, die Opposition und Koalition seit vielen Jahren in der Stadt trennen. Das gilt zuallererst im Bereich der Berlin- und Deutschlandpolitik, in der wir nicht nur jahrelang das Nein der CDU gehört haben und unter ihrer Phantasielosigkeit als Opposition leiden mußten.

Glaubt die CDU wirklich ernsthaft, daß einer von uns aus der Koalition einem Meinungswechsel der Opposition trauen könnte, solange sie selbst noch nicht einmal bereit ist, ihn als solchen zu bezeichnen, und solange sie sich als Berliner CDU jedesmal wegduckt, wenn ihre Bundesvertreter die Konfrontationslinie akzentuieren?

Selbstverständlich gibt es keine Gemeinsamkeit zwischen Koalition und Opposition in fast allen Fragen der Gesellschaftspolitik, die in Berlin und Bonn eine Rolle spielen. Aber das ist auch keineswegs schlimm: Denn die Demokratie lebt davon, daß Regierung und Opposition sich über den richtigen Weg auseinandersetzen, und nicht davon, daß tiefgreifende Meinungsunterschiede durch Sonntagsreden verkleistert werden.

Freiheit der Kultur: Ich erinnere an die Debatte über die Preußenausstellung - um ein Beispiel zu nennen -, in der die CDU vom Senat von Berlin staatliche Direktiven und "einen wesentlichen Einfluß" auf den Inhalt der Ausstellung verlangt hat. Das wird in der Kulturpolitik niemals der Weg der Koalition sein.



Sozialdemokraten und Freie Demokraten vertrauen auf das Urteilsvermögen und die geistige Kraft derer, die wir mit der Leitung künstlerischer Institutionen und Projekte betraut haben. Diese Auffassung von Freiheit der Kulturarbeit schließt selbstverständlich ein, daß handelnde Politiker das Recht haben - und wir werden es auch nutzen - das Ergebnis politisch zu bewerten. Aber wir gängeln nicht, und wir zensurieren nicht. Und wir pressen nicht in staatliche Direktiven, was doch erst das Ergebnis einer freien kulturellen Entfaltung sein soll.

Bildungspolitik: Die Koalition steht zur sozialen Öffnung der Schulen und Hochschulen. Und wir erleben doch mit, wie überall in der Bundesrepublik Deutschland noch heute im Jahre 1980 die CDU/CSU diesen zentralen Ansatz für mehr Chancengleichheit und damit für mehr soziale Gerechtigkeit politisch bekämpft, von der ständigen Diffamierung der Gesamtschule bis hin zu dem unanständigen Druckmittel einer Nichtanerkennung von Schulzeugnissen. Die Union redet von Gemeinsamkeit. Hier ist ein unverzichtbarer Grundsatz unserer Politik, ohne dessen Anerkennung es Gemeinsamkeit nicht geben kann!

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Wie steht die Berliner CDU zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenn sie einen Ministerpräsidenten, Herrn Albrecht in Niedersachsen, lautstark unterstützt, wenn er unser - die Meinungsfreiheit garantierendes Rundfunkrecht - aus den Angeln heben will. Will Herr von Weizsäcker mit uns gegen Herrn Albrecht kämpfen? Dann gibt es Gemeinsamkeit!

Bodenrecht: Wie kann die CDU es wagen, beispielsweise in Berlin die Verdrängungsprozesse am Kurfürstendamm dem Senat anzulasten? Dieselbe CDU, die eine sinnvolle Entwicklung des Bau- und Bodenrechts in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder verhindert hat, das Städten bessere Instrumente zur Bekämpfung der Spekulation an die Hand gegeben hätte.

Verfassungstreue: Hier steht noch immer das Wort der Berliner CDU, welche die Liberalisierung der Überprüfungspraxis als "Begünstigung einer 5. Kolonne im öffentlichen Dienst" diskreditiert hat. Wer wie die Berliner CDU diese Position noch immer nicht überwunden hat, den kann weder die sozialliberale Koalition noch die Jugend selbst als glaubwürdigen Gesprächspartner akzeptieren.

Das alles sind Fragen, in denen wir uns streiten über den richtigen Weg, und auch streiten müssen, wenn wir Demokratie richtig verstehen. Die Gemeinsamkeitsgesänge der CDU, die wir seit Monaten hören, sollen wie ein Nebel wirken, der sich über Stadt und Staat legt, um die Konturen der politischen Konflikte zwischen Koalition und Opposition zu verschleiern. Die CDU geht diesen Weg vom Nein zum Schein nur aus einem einzigen Grund: Weil sie glaubt, daß dieser Weg sie näher heranzuführt an die politische Macht; daß es ein Schleichweg ist, hat die Koalition längst durchschaut, und wir weisen sowohl Methode wie Inhalt als unglaubwürdig und politisch unredlich zurück. Wir werden uns nicht einlullen lassen.
(-/16.12.1980/bgy/ks/hgs)

+ + +



Wasserqualität verbessert - hoher Mittelaufwand

Zur Vorlage der neuen Gewässergütekarte 1980

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen

Die Gesetzgebungen zum Gewässerschutz und zur Abwasserreinigung zählen zu den bedeutenden umweltpolitischen Leistungen der 7. Legislaturperiode. Allmählich beginnen sich Erfolgsschritte hinsichtlich des Zustands unserer Gewässer abzuzeichnen. Vergleicht man allerdings die erreichten Fortschritte bei der Verbesserung der Wasserqualität unserer Flüsse und Seen mit dem enorm hohen Finanzaufwand, der dafür erforderlich war, so nehmen sie sich relativ bescheiden aus. Dies ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie kostspielig nachträgliche Umweltsanierung wird, nachdem man, wie im Falle des Wasserhaushalts, jahrzehntelang bis zu Beginn der 70er Jahre der Gewässerverschmutzung fast tatenlos zugesehen hatte. In nur vier Jahren, von 1976 bis 1979, haben Bund, Länder und Gemeinden zusammen 19 Milliarden DM für öffentliche Abwasserreinigungsmaßnahmen aufgewandt, in erster Linie für den Bau von Kläranlagen. Nicht mitgerechnet sind dabei die Beträge, welche die Industrie für Eigenanlagen investiert hat. Wie die Gewässergütekarte ausweist, hat sich der Rhein etwa ab Freiburg fast überall um eine halbe Gütestufe verbessert, ebenso die Ems im Landesgebiet Nordrhein-Westfalen. Deutlich sauberer geworden sind in ihrem Oberlauf der Neckar - teilweise um ein bis zwei Güteklassen -, der bayerische Main und die Sieg. Noch immer unbefriedigend sind dagegen der starke Abwasseranfall im Unterlauf des Mains, die kritische Belastung des Rheins unterhalb von Straßburg, der aus den Kalibergwerken der DDR stammende hohe Salzgehalt der Werra und das Zustandsbild der Weser und der Elbe. Wenig beruhigend ist trotz aller Anstrengungen der Zustand des größten Trinkwasserspeichers im Bundesgebiet, nämlich des Bodensees. Die durch das Rhein-Bodensee-Programm und den gezielten Kläranlagenbau erzielten Verbesserungen werden andererseits wieder in Frage gestellt durch einen ungezügelter Zuwachs an Wohnbebauung und Gewerbeansiedlungen, durch eine explosionsartige Zunahme des Kurzzeit-Tourismus (Wochenend-Urlauber) und durch die Verdichtung des Straßennetzes.

Das Wasserhaushaltsgesetz in der grundlegend verbesserten und verschärften Fassung der Vierten Novelle (1976) und das Abwasserabgabengesetz (1976) sind die Pfeiler der



Gewässerschutzpolitik des Bundes, die Pflicht der Ausfüllung und der Verwirklichung der Wasserschutzgesetze obliegt den Ländern, die sich zum Zwecke der Einheitlichkeit der Durchführung und des Erfahrungsaustauschs zu einer Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zusammengeschlossen haben. Nachdem die gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind, muß das Schwergewicht auf die zügige und konsequente Durchführung gelegt werden. Zögerliche Behandlung oder Nachlässigkeit würden sich mit Sicherheit rächen und alsbald in noch höheren Kosten niederschlagen. Mittel- und längerfristig sind im Bereich Gewässerschutz und Wasserwirtschaft drei Ziele anzustreben:

1. der Abschluß internationaler Vereinbarungen, die einheitliche Kriterien für das Einleiten von Abwässern enthalten, vor allem einheitliche Höchstwerte für den zulässigen Schadstoffgehalt der Einleitungen;
2. die Sicherung der Trinkwasserversorgung durch Schutz des Grundwassers und der Trinkwasserreservoirs. Trennung von Trink- und Brauchwasser, wobei der industrielle und gewerbliche Verbraucher, der keine Trinkwasserqualität benötigt (zum Beispiel Autowaschanlagen) verstärkt auf Brauchwasser zurückgreifen muß;
3. die Förderung von wassersparenden und abwasserarmen Produktionstechniken in der Industrie.

Der Rohstoff "Wasser" ist im wahrsten Sinne des Wortes kostbar geworden. Heute noch können die Kommunen bei der Bereitstellung des Trinkwassers zu 70 Prozent auf Grundwasser und Quellwasser zurückgreifen; 30 Prozent müssen jedoch mit teuren Verfahren aus dem Oberflächenwasser gewonnen werden.

Wie der Rohstoff- und Energieverschwendung muß auch dem steigenden Wasserverbrauch beziehungsweise der Wasserverschwendung Einhalt geboten werden. Dies gilt für private Haushalte ebenso wie für die Kommunen und für die Wirtschaft. Die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen ist nur gewährleistet, wenn wir mit Boden, Wasser und Luft - den Elementen also - so sorgsam umgehen, daß ihnen die Möglichkeit zur Reinigung und Regeneration gegeben ist. Wer die Gewässer nicht ausreichend schützt, gräbt sich selbst das Wasser ab und schadet damit allen.

(-/16.12.1980/ks/hgs)

+ + +



Vordenkerin sozialdemokratischer Familien- und Jugendpolitik

Heute wird Ella Kay, Senatorin a.D. und Städtälteste von Berlin, 85 Jahre alt

Von Ilse Reichel

Senatorin für Familie, Jugend und Sport in Berlin

Am Tag als Berlin gespalten wurde, am 1. Dezember 1948, stand das Hauptjugendamt mit vier geretteten Schreibmaschinen, ohne Möbel, ohne Akten, auf der Straße. Der Wiederaufbau der Jugendhilfe begann am Nullpunkt. 14 Jahre später, am 6. Dezember 1962 übernahm die Senatorin Ella Kay die politische Verantwortung dafür, daß in einem Pflegenest zwei Kinder zu Tode mißhandelt wurden und trat zurück. Heute am 16. Dezember 1980 wird sie 85.

Im Bereich der Politik aber bewegen die Sterne nichts, Frauen und Männer von der Art dieser großen sozialdemokratischen Jugendpolitikerin dagegen viel. Ihre Aufmerksamkeit galt dem Ausbau der Kindertagesstätten. Als sie seinerzeit die Unterbringung der Kinder vom Säuglingsalter bis zur Entlassung aus der Grundschule in den verschiedenen Abteilungen in einem Gebäude vorsah, strich der Deutsche Städtetag diese Pionierarbeit positiv heraus. Mit entsprechenden Richtlinien für die Kindertagesstätten formulierte Ella Kay ihren Anspruch, eine eigenständige Bildungseinrichtung zu sein. Daß sie zugleich für mindestens zehn Prozent, später gar für 15 Prozent der Kinder Plätze in ihnen verlangte, hielten wir für eine nie erreichbare Forderung. Sie hat sie nicht nur selbst verwirklicht. Heute signalisiert die Tatsache, daß mehr als jedes zweite Kind in Berlin einen Platz im Kindergarten findet und dennoch eine Warteliste besteht, daß ein großes Bedürfnis der Eltern und Familien diesem Anspruch entspricht.

Auf dem Wege ihrer pädagogischen Qualifizierung auf dem Ella Kay beharrlich kämpfte, haben wir mittlerweile erhebliche Fortschritte gemacht. In unserer Zeit wird nun die Integration ausländischer und die gezielte Förderung benachteiligter Kinder in der und durch die Tagesstätte zur wesentlichen Aufgabe. Das Jugendaufbauwerk als Bildungseinrichtung für Erwerbslose und Jugendliche mit Schwierigkeiten der Berufsfindung ist auf ihre Initiative zurückzuführen.

Schon im Jugendamt im Bezirk Breslauer Berg vor 1933 kümmerte sich Ella Kay besonders um die Jugendlichen, die die Weltwirtschaftskrise arbeitslos gemacht hatte. Sie richtete damals Tagesstätten für sie ein, die mit Werkstätten für praktische Arbeit verbunden waren. An diesen Erfahrungen mußte sie anfangs der 50er Jahre wieder anknüpfen, als beinahe 30.000 Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren in Berlin Arbeit suchten.

Ella Kays sozialpädagogisches Engagement galt im besonderen Maße behinderten Kindern und Jugendlichen. Sie wußte, daß medizinische Versorgung allein die Benachteiligten nicht in dem erforderlichen Maß verringern kann, sondern daß dazu sozialpädagogische Möglichkeiten und zahlreiche Kontakte zu nichtbehinderten Kindern kommen. In diesen Vorstellungen von Integration bewährte sich nicht nur der tragende Begriff der Solidarität, sondern wird auch ein ganzheitlicher Ansatz deutlich, der sich darum bemüht, Zusammengehöriges nicht zu trennen und dennoch die Hilfen zu spezialisieren. Ella Kay meinte, daß nicht alle Kinder, die in Heimerziehung seien, dort auch sein müßten: "Wenn der Sozialarbeiter rechtzeitig in die Familie kommt und ihm ausreichende Hilfseinrichtungen zur Verfügung stehen, könnte das Heim oft vermieden werden." Sie richtete in Berlin nicht nur die Erziehungsberatung ein, die den Eltern helfen sollte, eine solche Entwicklung zu vermeiden, sie veränderte auch das System der Heimerziehung.

An diesen wenigen Beispielen wird deutlich, wie sich die grundsätzliche Kontinuität sozialdemokratischer Familien- und Jugendpolitik gerade an den sozialen Brennpunkten in ihren veränderten Formen bewahrt und bewährt. Ella Kay hat ihre Fundamente gelegt. Dafür gilt ihr heute nicht nur unser Dank, sondern auch unsere Zuneigung. Selbst wenn sie dies für eine etwas übertriebene Gefühlsregung halten mag. (-/16.12.1980/ks/hgs)

+ + +

